

Soziale Kohäsion durch Vielfalt: Die andere Idee der Universität

Vortrag von HRK-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt im Rahmen der Ringvorlesung des Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen am 21.1.2019

1. Das internationale mittelalterliche Universitätssystem

In Umberto Ecos Roman "Der Name der Rose" (1980) begegnen William von Baskerville und sein Schüler Adson von Melk dem teuflisch hässlichen Salvatore, der ein wirres Gemisch von Sprachen spricht. Alle Idiome Europas haben sein Hirn durchzogen, bei allen bedient er sich, indem er spanische, italienische, französische und lateinische Brocken zusammenwirft. Er redet, so konstatiert Adson, im Stadium "der primären Konfusion" wie am ersten Tag nach der Sprachverwirrung Babylons. In seinen Sätzen gibt es keine Grammatik, keine Regeln: "Es war, wie wenn seine Zunge gleich seinen Zügen zusammengeflickt worden wäre aus Teilen und Stücken anderer Zungen (...)"¹ Unter der scheinbar unsortierten Sprachoberfläche schimmert allerdings stets die Dominanz des Lateinischen durch. Italienisch, Spanisch und Französisch sind 1327, in dem Jahr, da die Handlung des Romans sich zuträgt, dem Latein noch eng verwandt. So spricht denn Salvatore wirr, aber zugleich im Bann des gelehrten Diskurses, aus dem er sich seine Redebrocken leiht. Und der wird im hohen Mittelalter natürlich lateinisch geführt.

Das galt für die Klöster ebenso wie für die Universitäten. Die Universitäten des mittelalterlichen Europa waren internationale Institutionen, und die Studierenden kamen aus unterschiedlichsten Ländern. Aber man verständigte sich in einer einheitlichen Sprache, auf Latein. Unterricht und Lektüre folgten der lingua franca der Zeit, der gegenüber die Nationalsprachen nachrangig

blieben – sie dienten allein der alltäglichen Verständigung. Zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert entstanden die ersten Universitäten im westlichen Teil Europas: 1088 die Rechtsschule von Bologna, die bald durch andere Fächer erweitert wurde und deshalb als erste europäische Universität gelten darf (während die 1057 geschaffene Medizinschule von Salerno monodisziplinär blieb). Zwischen 1150 und 1170 öffnete die Universität Paris, 1167 Oxford, 1209 Cambridge, 1218 Salamanca, 1220 Montpellier und 1222 Padua. In deutschsprachigen Ländern erfolgten entsprechende Stiftungen erst seit dem 14. Jahrhundert: Wien 1365, 1386 Heidelberg, 1388 Köln, 1389 Erfurt, 1402 Würzburg, 1409 Leipzig, 1456 Greifswald, 1460 Basel. Universitätsgründungen fanden in Europa offenbar zyklisch statt: im 12., 14. und 15. Jahrhundert gab es regelrechte Wellen, im 17. Jahrhundert wurde kaum gegründet (Gießen, 1607 etabliert, bildet da eine Ausnahme, noch vor den das akademische Leben lähmenden Kriegsjahren). Im 18. Jahrhundert löste dann die Aufklärung ein neues Gründungsfieber aus (mit dem Aufbau der Universitäten Halle und Göttingen), ebenso wie die Entwicklung technischer Wissenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Öffnung der Höheren Bildungsanstalten seit Ende der 60er Jahre.

Die mittelalterliche Universität folgte einem Organisationsmodell das klosterähnliches Leben mit modernen Verwaltungsstrukturen verband: Studenten und Gelehrte wohnten zumeist in eigenen Räumlichkeiten mit spartanischer Möblierung. Der Ausrichtung auf die geistige Arbeit blieb alles andere untergeordnet. Die Studenten waren in sogenannten Kollegien oder Bursen untergebracht, wo man sie verpflegte und beaufsichtigte. Essen, Schlafen, Erholung gehorchten strengen Zyklen - das bildete das klösterliche Erbe.

Das Lehrprogramm konzentrierte sich grundständig auf die sieben freien Künste: Grammatik, Rhetorik, Logik, Geometrie, Arithmetik, Astronomie und Musik; erst fortgeschrittene Studenten durften sich in Recht, Medizin oder Theologie qualifizieren. Regelrechte Abschlüsse – Magister oder Promotion – gab es nur selten; die mittelalterlichen Studenten verließen ihre Universität zumeist als Studienabbrecher, um das sehr breite, aber kaum durch Examina testierte Wissen, das sie sich angeeignet hatten, in städtischer oder höfischer Verwaltung, als Ärzte oder Beamte zu erproben. "Lernt, als würdet ihr ewig leben; und lebt, als würdet ihr morgen sterben", so lautete das Motto, das Edmund von Abingdon, der 1247 heiliggesprochene Erzbischof von Canterbury, seinen Studenten in Oxford mitgab. Für den heutigen Sozialstaat, der an schnellen Studienabschlüssen und hinreichender Selbstsorge seiner Bürgerinnen und Bürger interessiert ist, sind beide Seiten dieses Wahlspruchs untauglich.

Nicht die Fächer bildeten an den meisten Universitäten das Grundmuster der Organisation, sondern die Herkunftsländer der Studenten und Scholaren. Dieses Prinzip galt zumindest bis zum Ende des 13. Jahrhunderts, ehe es einer stärker fachlich ausgerichteten Organisationsform unterworfen wurde. In Paris gab es ab 1249 vier Nationes, die Großgruppen für die Fakultäten konstituierten: Gallikaner (einschließlich der Griechen, Italiener, Spanier und Araber), Picarden, Normannen und Engländer (zu denen auch die Deutschen zählten). Jede dieser Nationenfakultäten organisierte sich selbständig und bestimmte aus ihrer Mitte einen Prokurator als Vorsteher. Die vier Prokuratoren wählten ihrerseits den Rektor, was den internationalen Charakter der Universität unterstrich. Entscheidender als das jeweilige Fach war die

Repräsentanz der Nationen, deren Rolle für den Wahlakt entscheidendes Gewicht hatte. Die Pariser Universität definierte sich weniger über den Kanon der Fächer als über die vielzähligen Heimatländer ihrer Mitglieder. Das änderte sich nur wenige Jahre später (ab 1231), als die Disziplinen größeres Selbstbewusstsein entwickelten und den Anspruch erhoben, ihre wissenschaftlichen Interessen auch auf rechtlich-organisatorischer Ebene zur Geltung zu bringen. Das betraf die Wahl des Rektors ebenso wie die Verleihung der akademischen Grade. Die Vertretung der disziplinären Lobby war fortan wichtiger als der Querschnitt der europäischen Identitäten, der im allerersten Entwurf der Universitätsverfassung hohe Geltung besaß.

Papst und Kaiser übten gegenüber der Universität eine Schutzfunktion aus und verliehen ihr den Status einer juristischen Körperschaft mit eigenen Befugnissen. Das schloss nicht nur das Recht zur Verleihung akademischer Titel, sondern auch die autonome Organisation der Gerichtsbarkeit ein: Die Universität verfügte über die Erlaubnis, ihren Mitgliedern eigene Regeln zu verordnen und bei Verstößen entsprechende Sanktionen zu verhängen. Wenn Scholaren oder Studenten sich unerlaubter Übergriffe im nicht-akademischen Leben schuldig machten, beanspruchte die Universität die Bestrafung der Delinquenten nach ihren Maßgaben. Eine autonome Rechtsprechung praktizierten italienische ebenso wie spanische oder englische Universitäten. Die Herkunftsnation spielte bei der Bestrafung keine Rolle, deren Rechtssystem galt nicht. Mitglieder der Universität waren Bürger eines eigenen Staates und besaßen in dieser Eigenschaft Rechte und Pflichten jenseits ihrer ursprünglichen Nationenzugehörigkeit.

Die europäische Melange der Universitätsmitglieder spiegelte im Grunde die Einheit der Wissenschaften. Es gab noch keine Ausdifferenzierung der Fächer, sondern ein formal geschlossenes System der Gelehrsamkeit, das auf übergreifenden Prinzipien beruhte. Wissen war nicht empirisch fundiert, gründete vielmehr in Lehrsätzen und logischen Modellen, in formalen Strukturen und Ordnungsmustern. Die Sprache blieb auch dort das vorherrschende Medium, wo es um Anschauung der Natur ging, wie im Fall der Astronomie.

Das Fehlen empirischer oder experimenteller Methoden verschaffte dem Wissenschaftssystem eine große innere Stabilität bei gleichzeitiger Resistenz gegenüber möglichen Neuerungen. Fortgesetzt fand sich die mittelalterliche Ausrichtung an festen Formen und Dogmen durch den *uomo universale* der Renaissance und den Polyhistor des 17. Jahrhunderts, die als Gelehrte über vertiefte Kenntnisse in Naturkunde, Philologie, Jurisprudenz und Mathematik, Astronomie und Medizin verfügten. Auch hier war die Einheit der gelehrten Disziplinen das entscheidende Prinzip, mit dem man sich gegen neue Einsichten wehrte. Das wiederum passte zur Erkenntnisfurcht der Kirchen und zum christlichen Demutsgedanken: In einer Welt, die perfekt eingerichtet war, konnte nur deren Schöpfer alles wissen. Wer als Mensch nach neuen Einsichten strebte, verhielt sich vermessen und verstieß gemäß Auffassung der Kirche gegen das Gebot der intellektuellen Bescheidenheit. Die Abwehr kühner Ideen, das träge Verharren in der Tradition und die Denunziation der Neugier bildeten Haltungen aus, die fest zum etablierten akademischen Leben gehörten.

Gleichzeitig ermöglichte diese dogmatische Borniertheit ein europäisches Wissenssystem, das keine Länder und Nationen, keine unterschiedlichen Sprachen und Kulturen kannte. Studenten und Gelehrte, die an den

Universitäten zusammenwirkten, kamen zwar aus diversen Ländern, aber sie fanden sich geeint durch die formalen Regeln eines geschlossenen Wissenssystems. Die europäische Universität des Mittelalters vertrat eine Gelehrsamkeit, die bei allen Mängeln und Verblendetheiten aufwies, was das Europa unserer Gegenwart immer wieder beschwört, aber nicht hat: Kohäsion. Der Preis dafür war jedoch hoch, und sicherlich wollten wir ihn heute nicht zahlen, selbst wenn wir mehr Geschlossenheit anstreben: das mittelalterliche Wissen blieb autoritär, unfrei, in Details oft repressiv, reich durch seine Geschichte, aber arm im Blick auf seine Fähigkeit zur Selbsterneuerung. Wir müssen allerdings auch nicht zurück ins Mittelalter, um eine wirklich europäische Universität zu realisieren. Die Chance darauf besteht heute mehr denn je, wenn wir das bestehende Potenzial besser nutzen und die europäischen Universitäten mit einer Idee Europas ausstatten.

2. Europas Idee durch die Idee der Universität sichern

In David Lodges kanonisch gewordenem (und auch heute noch durchaus amüsantem) Campus-Roman "Changing Places" (1975) tauschen der renommierte Anglist Maurice Zapp von der kalifornischen Euphoric-State-University und sein weitaus weniger renommierter Kollege Philip Swallow von der Rummidge University in Großbritannien im Rahmen eines akademischen Programms für ein halbes Jahr ihre Wirkungsstätten. Der linksische Engländer Swallow darf in Euphoria – gemeint ist vermutlich Berkeley – die Dynamik der amerikanischen Universität inmitten heftig tobender Studentenunruhen und gleichzeitig die Verheißungen der freien Liebe erfahren. Zapp dagegen stößt in Rummidge, das an David Lodges eigene Universität in Birmingham erinnert, auf den verstaubten Geist einer Traditionsinstitution, in der sich keiner

für irgendetwas verantwortlich fühlt und pure Gleichgültigkeit herrscht. Im Gegensatz zur amerikanischen wirkt die europäische Universität bei Lodge altersschwach, müde und wenig inspirierend. Sie schleppt ihre eigene Geschichte noch irgendwie mit, scheint jedoch längst in der Verwaltung ihres Erbes erstarrt. Sie ist "im Kern verrottet", um eine Formulierung des ehemaligen Wissenschaftsratsvorsitzenden Dieter Simon aufzugreifen, die Peter Glotz 1996 wiederverwendete, als er den deutschen Universitäten eine niederschmetternde Krisendiagnose stellte.

David Lodges satirischer Roman ist jetzt 44 Jahre alt. Einiges hat sich geändert in der Zwischenzeit. Dass die Uhren an den Universitäten Europas stillstehen, wird man heute nicht mehr behaupten. Selbst dort, wo ihre Gebäude den Geist der Tradition – in meist etwas morbiden Zustand – dokumentieren, ist das 21. Jahrhundert präsent. Und das heißt für Universitäten: Es erklingen die unterschiedlichsten Weltsprachen auf dem Campus; die Zahl der Austauschprogramme übersteigt deutlich die Hundertergrenze; die Lehre findet zu nennenswerten Teilen auf Englisch statt; die Mitglieder der Fakultät sind reisefreudig, und manche von ihnen verbringen mehr Zeit im Flugzeug als in Labors und Bibliotheken; ein großer Teil des verfügbaren Budgets speist sich aus Fördertöpfen der EU und öffentlicher Stiftungen; das Hochschulmanagement folgt den Regeln leistungsorientierter Mittelvergabe, belohnt das Engagement in Projekten und sanktioniert fehlendes Commitment für die Universität; das strenge Regime der Qualitätssicherung und der Akkreditierungsverfahren kontrolliert die Lehre; die Studiengänge sind gestuft gestaltet, mit Bachelor- und Masterprogrammen, Kreditpunkten und Anerkennungsmöglichkeiten für Auslandssemester; Patentierungen und Wissenstransfer,

Förderung von Ausgründungen und Kooperationen mit der Industrie bilden einen Teil des Leistungsportfolios, das durch eine umfassende Governancestruktur gesteuert wird; Kennzahlen und Erfolgsquoten hält man für Universitätsrankings und andere Formen öffentlicher Beobachtung stets aktuell; und der mit vorwärtstreibenden Musikklängen unterlegte Imagefilm zeigt fröhliche junge Menschen aus aller Welt in technisch perfekt ausgestatteten Labors, traditionsreichen Bibliotheken oder debattierend auf grünem Campusrasen. Man könnte noch zahlreiche andere Beispiele dafür benennen, dass Europas Universitäten 960 Jahre nach der ersten Gründung einer Hochschule in Bologna sich in vielerlei Hinsicht erstaunlich ähnlich präsentieren. Diesen Eindruck verstärkt die gemeinsame Sprache mit einer Fülle von Buzzwords wie Exzellenz, Internationalität, Innovation, Reputation, Leistungsstärke, Weiterentwicklung.

Europäische Universitäten sind heute von Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet. Beides tritt gleichermaßen auf, steht aber, wie man bei genauem Hinsehen erkennt, nicht in Widerspruch zueinander. Beginnen wir mit dem Wettbewerb: Viele Universitäten ringen in zunehmend härter werdenden Auswahlverfahren um Mittel aus den üppig gefüllten Töpfen der EU. Eine offene Forschungsförderung gibt es hier im Bereich der Grants des European Research Council (ERC), der Einzelprojekte für junge Wissenschaftler (junior grant), für bereits etablierte (consolidator grant) und für sehr renommierte (advanced grant) in Millionenhöhe unterstützt. Dabei geht es um Grundlagenforschung, deren Vorhaben nach Qualität der Anträge in einem wettbewerblichen Prozedere zur Finanzierung empfohlen oder abgelehnt werden. Ähnliches existiert im Sektor der "Future and Emerging

Technologies" (FET), wo bis 2020 Projektmittel in Höhe von 2,7 MRD Euro vergeben werden. Es konkurrieren einzelne Antragssteller um Förderung, letztlich aber auch die Institutionen, in denen sie arbeiten. Immer häufiger geschieht es, dass jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Grant einwerben und sich danach die Universitäten im Wettbewerb um die Abwicklung des prestigeträchtigen und finanziell lukrativen Projekts bemühen. Nicht wenige suchen Grantees mit Dauerstellen anzulocken und bieten darüber hinaus Sondervergünstigungen wie reduzierte Lehrverpflichtungen – hier herrscht scharfe institutionelle Konkurrenz um die besten Köpfe und eine Form des Abwerbens der Top-Leute, wie man sie sonst nur im Profifußball kennt.

Daneben gibt es aber übergreifende Ziele, die Universitäten im Miteinander, nicht im Gegeneinander verfolgen. In europäischen Großprojekten wird gemeinsame Forschung betrieben, lebens- und ingenieurwissenschaftliche ebenso wie sozialwissenschaftliche. Hier arbeiten Wissenschaftler aus Universitäten zusammen, die sich sonst in einem klaren Wettbewerb um nationale und internationale Fördergelder befinden. Gemeinsamkeit entsteht auch in der Lehre. Die Programme des europäischen Studierendenaustauschs – Erasmus Mundus, Minerva, Lingua, Sokrates – boomen und wachsen, gefördert durch Milliardenbeträge. Und die europäischen Universitäten schließen sich zu Verbänden zusammen, um eine kohärente Strategie zu entwickeln. Es existieren die großen Allianzen wie die "European University Association" (EUA), die mittelgroßen wie die "League of European Research Universities" (LERU), "Coimbra" und "Unica", das Netzwerk der Hauptstadt-Universitäten, schließlich kleinere wie "Yerun", die "Young European Research Universities",

oder "The Guild". Fast zwanzig solcher Allianzen gibt es mittlerweile, die meisten von ihnen erst seit wenigen Jahren. Ganz offenbar ist der Bedarf groß, eine gemeinsame Abstimmung von Zielen mit Blick auf Lobbying und Agenda-Setting zu organisieren.

Diese kooperativen Modelle auf wissenschaftlicher oder strategischer Basis stehen aber keineswegs in Gegensatz zum europäischen Wettbewerb. Die Forschungsverbände befinden sich ja untereinander in scharfer Konkurrenz zueinander. Sie haben sich meist nur gegründet, um über die konsortiale Struktur Fördermittel erhalten zu können, die sie als einzelnen Institution nicht gewinnen würden. Ähnlich die großen Assoziationen und Allianzen, die, sieht man von der EUA ab, jeweils in wettbewerblichem Verhältnis zueinander stehen und auf unterschiedlichen Wegen ihre Interessen qua Lobbyarbeit in Brüssel vertreten. Sie alle sind in gewisser Hinsicht Beutegemeinschaften, yield communities bzw. Communautés rendement, also nicht natürlich gewachsene Gruppen, sondern künstlich zusammengeschlossen über ein gemeinsames Ziel, einen übergreifenden Zweck.

Gerade diese sehr rationale, utilitaristische Programmatik europäischer Universitätsstrategien erzeugt ein Vakuum an einer entscheidenden Stelle. Was nämlich die meisten Verbände nicht verfolgen, das ist eine Idee der europäischen Identität und der sie fundierenden Werte. Im Vordergrund stehen bei ihnen Ziele materieller Art, kaum aber Fragen des europäischen Bildungskanons, seiner Geschichte, seiner Botschaften. Als Emmanuel Macron am 26. September 2017 an der Sorbonne seine "Initiative" für ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa vorstellte, erwähnte er kurz auch die

Universitäten. Die im Wortlaut seiner Rede nur eine Minute dauernde Passage wurde zu einer wirkmächtigen Verlautbarung, denn aus ihr erwuchs eine neue Förderidee: das Programm europäischer Universitätsnetzwerke mit gemeinsamen Studien- und Austauschstrukturen. Was aber hat Macron genau gesagt, als er an der Sorbonne über die Universitäten Europas sprach? Hier der betreffende Abschnitt in der deutschen Übersetzung: "Ich schlage die Einrichtung europäischer Universitäten vor, die ein Netzwerk von Universitäten aus mehreren Ländern Europas bilden und die einen Studienverlauf schaffen, in dem jeder Studierende im Ausland studiert und Seminare in mindestens zwei Sprachen belegt. Europäische Universitäten, die auch Orte pädagogischer Neuerung und exzellenter Forschung sind. Wir müssen uns das Ziel stecken, bis 2024 mindestens zwanzig dieser Universitäten zu errichten. Doch schon mit Beginn des nächsten akademischen Jahres müssen wir die ersten Universitäten mit echten europäischen Semestern und europäischen Abschlüssen ausstatten."

Mehrsprachigkeit, pädagogische Neuerung und exzellente Forschung - das sind die drei pauschalen Ziele, die Macron mit dem Gedanken europäischer Universitäten verbindet. Zur Rolle der Mehrsprachigkeit führte Macron an der Sorbonne aus: "Unsere Zersplitterung ist nur oberflächlich. Sie ist eigentlich unsere größte Chance. Und anstatt die Fülle unserer Sprachen zu bedauern, sollten wir daraus einen Vorteil machen! Europa soll jener Raum werden, in dem jeder Studierende bis 2024 mindestens zwei europäische Sprachen spricht. Anstatt unsere zerstückelten Gebiete zu beklagen, stärken wir lieber den Austausch! Bis 2024 soll die Hälfte einer Altersgruppe bis zu ihrem 25. Lebensjahr mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen Land

verbracht haben. Seien es Studierende oder Auszubildende. Deshalb gerade hier, wo einige Vorreiter wie in Bologna, Montpellier, Oxford oder Salamanca an die Kraft der Lehre, des kritischen Geists und der Kultur geglaubt haben, möchte ich, dass wir auf der Höhe dieses großen Entwurfs sind."

Was genau heißt 'Mehrsprachigkeit' in diesem Kontext? Macrons Forderung ist oft falsch wiedergegeben worden, bevorzugt als Plädoyer für das Erlernen zweier Fremdsprachen. Gemeint ist aber, dass alle europäischen Studierenden neben ihrer eigenen eine zweite Sprache beherrschen sollten. Das wäre vermutlich für die meisten, mit Ausnahme der Studierenden aus dem United Kingdom, das Englische, das in der Mehrzahl der Disziplinen außerhalb der Geisteswissenschaften die lingua franca des akademischen Diskurses ist.

Eigentlich beschreibt Macrons Programm also kein Desiderat, sondern eher einen Status quo, denn die Generation heutiger Studierender ist in ganz Europa des Englischen gut mächtig. Schwieriger wird es da schon für die Europäer von der Insel, die nur selten neben ihrer Muttersprache eine zweite Sprache fließend beherrschen. Nun könnte man zynisch sagen, dass sich das Problem mit dem Brexit für die Engländer erledigt habe. Aber so einfach sollte man es dem UK dann doch nicht machen. Macrons Formel gilt schließlich für einen Bildungsaustausch, der nach dem Austritt Englands aus der EU weiterhin Bestand haben dürfte. Sein Programm von den "zwei europäischen Sprachen" funktioniert nur, wenn es auch von denen, für die es noch nicht selbstverständlich ist, akzeptiert wird. Eine andere Frage ist die, ob es nach dem Brexit eine belastbare Zukunft für den Universitätsaustausch zwischen dem Kontinent und dem UK überhaupt gibt. Es war schon leichter, über die Einheit Bildungseuropas zu sprechen.

Auch die beiden anderen Leitbegriffe Macrons überraschen uns nicht, bezeichnen sie doch kaum ein ambitioniertes Programm, sondern bekannte Schlagwörter. Dass die akademische Lehre an europäischen Universitäten ernstgenommen wird, ist fraglos wichtig. 'Pädagogische Neuerungen', wie Macron sagt, helfen uns da weiter, aber sie gehören längst zum Selbstanspruch der meisten Universitäten. Dasselbe gilt für die 'exzellente Forschung', die in diversen nationalen Initiativen und im Rahmen der EU-Förderung vorangetrieben wird. Auch Macrons Rede folgt also den Direktiven der EU-Wissenschaftspolitik und stellt das Selbstverständnis der zweckorientierten Universitätsallianzen von LERU über die Guilde bis UNICA nicht wirklich auf den Prüfstand.

Genau das aber wäre nötig. Denn so wie das Europa der Brüsseler Bürokraten niemanden mehr begeistert, so kann auch eine Universitätspolitik, die sich auf materielle Ziele und pragmatische Zwecke stützt, kaum überzeugen. Für die neuen europäischen Universitätsverbände sollten neben der Verpflichtung zu Lehr- und Forschungsexzellenz und der Förderung der Mehrsprachigkeit daher auch eine Ausrichtung am europäischen Wertkanon bindend sein. Dazu gehören das Gebot der Toleranz als Voraussetzung der Zivilgesellschaft, die Idee der Freiheit als Grundlage für die Rechte und Möglichkeiten des Individuums, das Prinzip der Solidarität als Bedingung eines fairen, respektvollen und, wo nötig, helfenden Miteinander. Damit diese Werte nicht leere Formeln für Feiertagsreden werden, sollten die europäischen Universitäten gemeinsam – also nicht in Konkurrenz, sondern im Konsens – einen Kanon europäischer Texte festlegen, dessen Lektüre für ihre Studierenden verbindlich ist. Es wäre ein großartiges Zeichen, wenn die Physikerin in Nantes, der

Maschinenbauer in Aachen, die Soziologin in Budapest, der Politikwissenschaftler in Warschau, die Biochemikerin in Kopenhagen, der Germanist in Trieste, die Informatikerin in Madrid, der Biologe in Prag, die Juristin in Lissabon und der Historiker in Stockholm sechs große europäische Texte lesen und in Seminaren mit ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen diskutieren würden. Und um es konkreter zu fassen, hier wäre mein Vorschlag für den europäischen Kanon. Ich verbinde ihn mit dem Anspruch, dass die Texte bedeutend, aber auch nicht zu lang sein dürfen, und mit dem Zugeständnis, dass die Lektüre bei Bedarf in Übersetzungen erfolgen kann: 1. Platon, Symposion (Das Gastmahl) (5./4. Jh. v. Chr.) 2. Jean-Jacques Rousseau, Du contrat social (Vom Gesellschaftsvertrag) (1762) 3. Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden (1795) 4. Karl Marx, Das kommunistische Manifest (1848), 5. Sigmund Freud, Das Unbehagen in der Kultur (1930). 6. Hannah Arendt, We refugees (Wir Flüchtlinge) (1943).

Die Einheit der europäischen Universität würde eine Fiktion bleiben, wenn sie sich auf das gemeinsame Streben nach mehr finanzieller Förderung beschränkte. Aus diesem Grund ist es zwingend geboten, dass die europäischen Universitätsverbände zukünftig stärker ideengeleitet als ausschließlich materiell oder strategisch ausgerichtet sein sollten. Wir müssen die Idee des Europäischen unter der verkrusteten Oberfläche von administrativen Regelungen, Rechtsformen und politischen Hoheitsfragen wieder freilegen. Wir müssen erneut zum Kern der europäischen Identität vorstoßen: Friedensanspruch, Freiheitszuschreibung, Verständigung und Austausch. Welche Institution könnte besser zu diesem Ziel führen als die Universität? Allerdings muss sie, will sie

sich auf den Weg machen, auch die Frage stellen, was sie eigentlich ist und wie sie sich zu ihrer eigenen Geschichte verhält.

3. Die europäische Universität als symbolischer Ort

Wenn wir von der europäischen Universitätsidee sprechen, müssen wir die schwierigen Entwicklungen berücksichtigen, die das System der Hochschulen derzeit insgesamt prägen. Peter Strohschneider, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, diagnostizierte vor einigen Jahren eine "Überdehnung" der Universität in quantitativer Dimension, in Hinblick auf Erwartungen und in Bezug auf ihren Begriff generell.ⁱⁱ Im Hintergrund steht ein "Leistungsparadox": Universitäten sollen alles können, von der Grundlagenforschung bis zum Entrepreneurship, von der engmaschigen Betreuung ständig wachsender Studierendengruppen bis zur Erhaltung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit, von der Drittmittelinwerbung bis zur genauen Supervision ihrer Projektsteuerung, von der leistungsorientierten Governance bis zur Erzeugung institutioneller Kohäsion in divers ausgebildeten Personengruppen ihrer Mitgliedschaft, von Entwicklung und Technologietransfer bis zur professionellen Öffentlichkeitsarbeit im Blick auf die Bringschuld gegenüber einer sie finanzierenden Gesellschaft.ⁱⁱⁱ

Der Befund der "Überdehnung" von Aufgaben und Erwartungen gilt nicht nur für deutsche, er gilt für zahlreiche europäische Universitäten. Die gewaltigen Aufwüchse der Studierendenzahlen in den letzten zehn Jahren haben die Universitäten Europas gut bewältigt. Aber konnten sie dabei auch den Begriff ihrer selbst, ihr ursprüngliches Konzept erhalten? Wenn heute in vielen Ländern über 50 Prozent eines Jahrgangs eine Universität besuchen, dann ist die mit dieser Institutionsform ursprünglich verbundene Exklusivitätsanmutung

verloren. Der Erweiterungsprozess verlief kontinuierlich, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Schon 1905 veröffentlichte der preußische Historiker und Bildungspolitiker Adolf von Harnack eine Denkschrift mit dem Titel "Vom Großbetrieb der Universität", deren Diagnosen wenige Jahre später in die Gründung der ersten "Kaiser-Wilhelm-Institute" für außeruniversitäre Forschung mündeten (sie waren die Vorläufer der heutigen Max-Planck-Institute). Seit den mittleren 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist die Universität in ganz Europa zunehmend zu einem Ort gesteigerten Zudrangs und massenhafter Frequenz geworden.

Hier geht es nicht darum, eine Diskussion über die Definition von Hochschultypen zu führen. Festzuhalten steht lediglich, dass die alte Universitätsidee nicht mehr in Kraft ist, aber eine neue noch nicht verbindlich definiert wurde. Wir sind mittlerweile in ganz Europa vom herkömmlichen, traditionellen Modell der Universität abgerückt. Das besagte in seiner Humboldtschen Ausprägung, dass die Universität eine nicht primär berufsspezifische Bildung durch Wissenschaft zu vermitteln habe; dass das Kennenlernen des forschenden Habitus das Medium zur Aneignung fachlicher Wissensinhalte sei; und dass auch für die, die Forschung nie selbst treiben würden, genau dieser Habitus das beste Instrument zu breiter Qualifizierung darstelle (was für Humboldt vice versa die Förderung der Forschung im Unterricht implizierte).^{iv}

In ihrer breiteren europäischen Variante bedeutete die alte Universitätsidee Exklusivität und Abstand zur im engeren Sinne fachlichen Bildung. Ziel war die gemeinsame Vertiefung in Texte oder – mit Aufkommen der Empirie – in Materialien oder Naturprozesse durch Beobachtung. Das schloss auch im 19. Jahrhundert in vielen Ländern das Bewusstsein ein, dass nicht jeder für eine solche Schulung geeignet war, und führte zu einer recht pragmatischen

Auffassung der wissenschaftsgeleiteten Qualifizierung. Selbst Humboldt räumte in seinem 'Organisationsplan' von 1809 ein, dass die Universität eine enge Beziehung "auf das praktische Leben und die Bedürfnisse des Staates" unterhalten müsse.^v Aber dass die Vermittlung von Berufsfähigkeiten nicht im Vordergrund des Studiums stand, unterschied die Universitäten Europas damals deutlich von den Neugründungen in den USA und China, die vor allem auf die angemessene Ausbildung künftiger Beamteneliten zielten.

Heute haben wir uns vom alten System allein durch die schiere Größe der Universitäten und die hohe Zahl der Studierenden entfernt. Die europäischen Universitäten orientieren sich spätestens seit der Bologna-Reform an einem Kompetenzkonzept, das berufsqualifizierend und nicht mehr primär wissenschaftsausgerichtet ist. Zwar hält man formal an Humboldts Ideal der forschungsbasierenden akademischen Lehre fest, jedoch entspricht selbst das fortgeschrittene Masterstudium weder dessen Exklusivitätsanmutung noch seiner methodischen Fundierung. Wissenschaft ist zwar weiterhin das Medium der lehrhaften Vermittlung des Stoffs, aber es geht durch die Ausrichtung am Kompetenzprinzip um Berufsbefähigung und nicht um eine allgemeine, berufsindifferente Schulung durch wissenschaftliche Methodik. Und umgekehrt ist seit dem Beginn der technischen Moderne auch die Wissenschaft selbst aus dem Schatten des Exklusiven herausgetreten, wie Helmut Schelsky schon 1963 feststellte: "Indem die Wissenschaft sich in der wissenschaftlichen Zivilisation nicht mehr vom praktischen Leben sowohl in seiner Alltäglichkeit wie in seinen hohen politischen Rängen abgrenzen kann, sondern in vielerlei Abstufungen bis in die letzte praktische Tätigkeit hinabzureichen beginnt, ist sie zur Substanz des praktischen Lebens heute selbst geworden und damit an

sich keineswegs mehr Träger einer sich über das praktische Leben und seine Zweckerfordernungen erhebenden Bildung, wie es das klassische Universitätsideal sich vorstellt.“^{vi}

Weder die Institution der Universität noch die Wissenschaft gehorchen heute noch dem Primat der Ausschließung, des Privilegierten. Das führt zu der Frage, was an die Stelle dieses Primats getreten ist.

Die Universitäten sehen zwar, welchem Wandel ihr institutionelles Selbstbild unterliegt, aber sie haben noch kein wirklich neues gefunden – eine Diagnose, die ihrerseits alt ist, wie Texte von Karl Jaspers und Hellmuth Plessner bis zu Jürgen Habermas und Peter Glotz aus der Zeit zwischen 1960 und 1995 zeigen.

Was ist angesichts dieses bekannten, noch nicht gelösten Dilemmas zu tun? Mein Vorschlag wäre, die Identität der europäischen Universitäten stärker an die soziale Integrationsleistung zu binden, die sie im 21. Jahrhundert idealiter erbringen. Gehen wir dabei von den besonderen Herausforderungen aus, die eine Universität heute zu bewältigen hat: Sie muss andere Formen der Stoffvermittlung, der Mentorierung und Supervision etablieren als früher. Sie muss intensiver vorbereiten auf das, was erwartet wird, gründlicher erklären, wie Inhalte zu lernen, Methoden anzueignen, Forschungsliteratur zu studieren, Urteilsstrukturen zu bilden sind. Sie muss Prüfungen anders organisieren als früher, Studienbiographien anders verwalten und den Unterricht anders durchführen. Die europäische Universität des 21. Jahrhunderts steht aber nicht nur vor ungeahnten propädeutischen und didaktischen Herausforderungen. Sie hat auch zu gewährleisten, dass Menschen unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Herkunft, Menschen verschiedenen Geschlechts

und Alters, mit sehr diversem Vorwissen und weit voneinander abweichenden Kompetenzprofilen ihren Weg durch ein Studienfach erfolgreich gehen können.

Die alte Universität des 14. Jahrhunderts war ähnlich divers, was ihre aus aller Welt stammenden Mitglieder betraf. Denn es gab keine einheitliche Vorbildung und keine nationalen Curricula. Aber es existierte ein nur schmaler Kanon zu studierender Texte, und die Zahl derjenigen, die sie sich aneigneten, war verschwindend gering im Verhältnis zu den riesigen Gruppen, die heute in Europas Universitäten Seminare, Laborteams, Kollegs und Auditorien bilden. Diese Gruppen zu organisieren und die Vielfalt ihrer Mitglieder im Blick auf Herkunft und Status produktiv zu machen, ist eine enorme Aufgabe. Bei ihrer Bewältigung hilft, dass es um Wissenschaft geht. Wissenschaftliche Arbeit läuft heute wie früher bevorzugt im Kollektiv ab. Verständigung und Debatte, Abstimmung und Erprobung, Durchspielen von Hypothesen und Einübung von Kritik – das sind Denk- und Sprechakte, die genuin auf intellektuelle Teamqualitäten abstellen. Nur ganz wenige der großen Entdeckungen und Erfindungen der Wissenschaft gelangen im stillen Kämmerlein des vereinsamt lebenden Gelehrten. Zumeist resultierten sie aus Prozessen der Gruppenarbeit mit entsprechend dichten Diskussionsstrukturen und enger, vertrauensvoller Kooperationskultur. Es liegt auf der Hand, dass dieses Modell vorzüglich dazu geeignet ist, Menschen unterschiedlicher Herkunft zu integrieren und zu gleichberechtigten Teilen eines Ganzen zu machen. Die im Vergleich zu anderen Gesellschafts- und Arbeitsbereichen relativ flachen Hierarchien des Wissenschaftssystems tun das ihre, um die Heterogenität ihrer Mitglieder in produktive Arbeitsimpulse zu übertragen. Diversität ist im

Wissenschaftsbetrieb der Universitäten keine Hypothek, sondern eine reiche Quelle intellektueller Kreativität.

Natürlich kann es auch zu Konflikten kommen. Nationale Chauvinismen und religiöse Intoleranz können in Arbeitsgruppen durchbrechen, politische Dissonanzen in die Welt der Wissenschaft dringen. In solchen Fällen sind Rektorate und Präsidien gefordert – sie müssen an die Werte der Universität und damit an die europäischen Grundsätze der Toleranz und des Respekts erinnern.

Nicht immer gelingt es in Zeiten von öffentlicher Dauererregung, von Hasspredigten in Social Media und populistischer Vereinfachung, im Namen der Wissenschaft erfolgreich für das Aushalten von Widersprüchen und Ambivalenzen, für Verständnis und ruhige Analyse zu werben. Aber die Universität muss gerade in schwierigen Perioden einer durch ökonomische wie soziale Krisen erschütterten europäischen Identität zeigen, dass sie tauglich ist zum Vorbild für eine Gesellschaft der Kohäsion und der bewältigten Vielfalt.

Europäische Universitäten sind, sofern sie gut funktionieren, Modelle gelungener Integration. Sie zeigen, dass es richtig ist, wenn Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern zusammenkommen und sich derselben Sache widmen. Sie demonstrieren, dass Toleranz eine Haltung der Wissenschaft und des sozialen Miteinander gleichermaßen ist. Sie sind offen für neue Ideen und kritisch-widerständig gegenüber jenen, die Freiheiten einschränken wollen. Sie leben aus der Kraft des Heterogenen, im Blick auf Menschen, Methoden und Denkhaltungen. Sie bilden soziale Modelle für ein Miteinander, das durch Verständnis und Verständigung geprägt ist. Und sie helfen dabei, Gegensätze produktiv zu machen, weil sie aus ihrer Geschichte wissen, dass das Richtige nicht durch das Verfolgen der immergleichen Richtung entsteht.

Solche Universitäten, die Muster für eine moderne Gesellschaftsformation darstellen, gedeihen jedoch nicht im Niemandsland sozialer Utopien oder als Paradiese inmitten der Wüsten von Intoleranz und Egoismus. Sie bilden kein Anderes des Status quo, keinen idealen Außenposten im Traumgebiet der intellektuellen Visionen. Universitäten sind immer ein Spiegel der Gesellschaft, in der sie existieren. Akademische Freiheit ist ohne die Freiheit des sozialen Miteinander, ist ohne wahre Demokratie und fairen gesellschaftlichen Interessenausgleich nicht zu haben. Insofern ist der Gedanke der europäischen Universitäten, den Präsident Macron aufbrachte, sinnvoll und richtig. Aber er verlangt zweierlei: das Ernstnehmen der Idee Europas als inhaltliche Selbstverpflichtung jenseits reiner akademischer Zweckpolitik; und die Einsicht, dass eine europäische Universität als soziales Modell uns nicht der Aufgabe enthebt, ein solidarisches und souveränes, ein freies und gerechtes Europa auch jenseits der Wissenschaft zu bauen.

ⁱ Umberto Eco, *Der Name der Rose*. Aus dem Italienischen von Burkhart Kroeber, München 1984 (zuerst 1982), S.65.

ⁱⁱ Peter Strohschneider, *Versuch über die Universität. Selbstbezug und Fremdbezug der Wissenschaften*, Konstanz 2015, S.6

ⁱⁱⁱ Peter Strohschneider, *Versuch über die Universität*. S.13.

^{iv} "Überhaupt lässt sich die Wissenschaft als Wissenschaft nicht wahrhaft vortragen, ohne sie jedesmal wieder selbsttätig aufzufassen, und es wäre unbegreiflich, wenn man nicht hier, sogar oft, auf Entdeckungen stoßen sollte." Wilhelm v. Humboldt, *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin (1809 oder 1810)*, in: *Idee und Wirklichkeit einer Universität. Dokumente zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*, hg. v. Wilhelm Weischedel in Zusammenarbeit mit Wolfgang Müller-Lauter und Michael Theunissen, Berlin 1960, S.193-202, S.199.

^v Wilhelm v. Humboldt, *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin (1809 oder 1810)*, in: *Idee und Wirklichkeit einer Universität*, S.200 (pr)

^{vi} Helmut Schelsky, *Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen*, Reinbek b. Hamburg 1963, S.221.